

20.04.2018

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**

zu dem Antrag  
der Fraktion der CDU  
und der Fraktion der FDP  
- Drucksache 17/1112 -

**NRW muss auf Bundesebene Impulsgeber für eine Neuausrichtung der  
Energieeinsparverordnung werden**

**Berichtersteller:**

Abgeordneter Kämmerling

### **Beschlussempfehlung**

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - Drucksache 17/1112 - wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 20.04.2018 /Ausgegeben: 23.04.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## Bericht

### A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP „NRW muss auf Bundesebene Impulsgeber für eine Neuausrichtung der Energieeinsparverordnung werden“ (Drucksache 17/1112) wurde am 17. November 2017 vom Plenum an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zur Beratung überwiesen. Die Mitberatung obliegt dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung.

### B Inhalt des Antrags

Die antragstellenden Fraktionen führen aus, dass durch ein knappes Wohnungsangebot in Ballungsgebieten für steigende Mieten sorgt. Neben den durch die vermehrte Nachfrage ansteigenden Mietpreisen sehen die Fraktionen von CDU und FDP die im Jahr 2000 in Kraft getretene Energieeinsparverordnung (EnEV) an.

Um den Mietpreissteigerungen durch Maßnahmen gemäß der Energieeinsparverordnung entgegenzuwirken, soll der Landtag - so die beiden antragstellenden Fraktionen - den Landtag auffordern,

- „ 1. sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Energieeinsparverordnung 2016 zunächst für drei Jahre ausgesetzt wird und die Vorgaben der Verordnung umfassend evaluiert werden. Hierbei ist ausdrücklich auch auf das gesunde Wohnraumklima, Schimmelbildung und die Auswirkungen von Fungiziden, die von Dämmfassaden in Umwelt und Grundwasser gelangen, einzugehen;
2. gleichzeitig in dem Evaluierungsprozess eine grundsätzliche Systembetrachtung vorzunehmen. Anzustreben ist, anstelle von Einzelfallbetrachtungen eine Bilanzierung auf Quartiersebene vorzunehmen;
3. sich im Rahmen der Bundesratsinitiative für die Entwicklung eines Konzepts einzusetzen, das die nach Gebäudeklassifizierung differenzierte Förderung spezifischer Dämmmaßnahmen und Heizungssanierung - insbesondere für einschalige Bauweisen der 1950er bis 1980er Jahre - zum Ziel hat;
4. die bisher nach § 25 EnEV gemachten Ausnahmen durch einen entsprechenden Erlass so umzuwandeln und zu handhaben, dass analog zum Bundesland Hessen eine unbürokratische Befreiung möglich gemacht werden kann.“

### C Beratungsverfahren

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich mit dem Antrag seiner Sitzung am 24. November 2017 beschäftigt und sich bei dieser Gelegenheit auf eine Anhörung

von Sachverständigen verständigt. Daher wurden am 23. Februar 2018 folgende Experten gehört:

eingeladen	Stellungnahme
Helmut Dedy Städtetag Nordrhein-Westfalen, Köln	
Dr. Bernd-Jürgen Schneider Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	<b>17/347</b>
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	
Erik Uwe Amaya Haus & Grund Rheinland, Düsseldorf	<b>17/354</b>
Udo Sieverding Verbraucherzentrale NRW, Düsseldorf	<b>17/335</b>
Martin Dornieden BFW Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf	<b>17/363</b>
Christian Noll Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V., Berlin	<b>17/353</b>
Dipl.-Ing. Ernst Uhing Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	<b>17/350</b>
Prof. Dr.-Ing. Karsten Voss Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen - Bauphysik und Technische Gebäudeausrüstung, Bergische Universität, Wuppertal	<b>17/314</b>
Philipp Matzke Zentraler Immobilien Ausschuss e. V., Berlin	<b>17/372</b>
Ulf Sieberg Bundesverband Erneuerbare Energien e.V., Berlin	<b>17/352</b>

<b>WEITERE STELLUNGNAHMEN</b>	
Helmut Klein GIH Rhein-Ruhr e.V. – Landesverband der Gebäudeenergieberater in NRW, Dortmund	<b>17/277</b>
Alexander Rychter Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen, Düsseldorf	<b>17/336</b>
Tobias Dworschak Verband für Wärmelieferung e.V. (VfW), Hannover sowie Berthold Müller-Urlaub Bundesverband Kraft-Wärme-Koppelung e.V. (B.KWK), Berlin	<b>17/340</b>
Barbara Metz Deutsche Umwelthilfe, Berlin	<b>17/342</b>
Landesverband Erneuerbare Energien Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<b>17/351</b>
Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI) Landesstelle Nordrhein-Westfalen, Köln	<b>17/353</b>
Achim Hannott und Georg Lange Bundesverband Deutscher Fertigung (BDF), Bad Honnef	<b>17/376</b>
Jörg Minnerup TRILUX GmbH Co. KG, Arnsberg	<b>17/379</b>
Dr.-Ing. Heinrich Bökamp Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	<b>17/382</b>
Dipl.-Ing. Gabriele Richter Bund Deutscher Baumeister Architekten + Ingenieure e.V., Landesverband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	<b>17/383</b>

WEITERE STELLUNGNAHMEN	
Prof. Beate Wiemann Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf	17/385

(vgl. Ausschussprotokoll 17/188).

## D Abstimmung

- Mitberatung  
Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat sich in seiner Sitzung am 11. April 2018 abschließend mit dem Antrag beschäftigt. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD angenommen.
- Federführung  
Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP wurde im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 20. April 2018 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Stefan Kämmerling  
- Vorsitzender -